

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 3

Artikel: Nach den Wahlen
Autor: Grimm, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-332428>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach den Wahlen

Von Robert Grimm.

Soweit sich die Nationalratswahlen am Montagabend überblicken lassen, hat die Sozialdemokratie ein Ziel erreicht. Sie bleibt die stärkste Partei des Landes und sie stellt die stärkste Fraktion des Rates.

Dieses Ziel wurde erreicht durch eine leichte Zunahme der sozialdemokratischen Wählerzahl und durch eine Verminderung der Vertretung der sogenannten historischen Parteien. Der Freisinn, mit seinen vier Bundesräten von ihren sieben und mit einem Nettoverlust von vier Nationalratsmandaten, hat den »roten Ansturm siegreich abgeschlagen«, und die Konservativen, als die berufenen Männer des Ständestaates, sind um zwei Mandate ärmer geworden.

Von dieser Seite her sind die Ergebnisse der Nationalratswahlen ein voller Erfolg für die Sozialdemokratie. Man braucht dabei nicht einmal Freude zu empfinden über die Verluste der Bauernpartei, die insgesamt neun Mandate einbüßte, denen nur vier Gewinne der Jungbauern gegenüberstehen.

Da aber Offenheit und Geradheit eines der ersten Erfordernisse sozialistischer Politik ist, dürfen wir uns mit diesen Feststellungen allein, so erfreulich sie, parteipolitisch gesehen, auch sind, nicht begnügen.

Sagen wir ehrlich, was die Erwartungen der Partei vor den Wahlen in den weitesten Kreisen waren. Man rechnete mit zwei Verlusten: in *Neuenburg* und *Genf*. In Neuenburg wegen der prekären Lage der Krisengemeinden, die ohne Bundeshilfe ihre Arbeitslosen nicht mehr über Wasser halten können. In Genf auf Grund der Koalition aller bürgerlichen Parteien, die die notwendige Folge der sozialdemokratischen Politik der letzten Jahre gewesen ist.

Diesen beiden Verlusten standen die Erwartungen auf vier neue Mandate gegenüber: je eines in *Baselstadt*, *Bern*, *Thurgau* und *Waadt*. Der Nettogewinn würde also zwei Mandate betragen haben.

Statt dessen stehen fünf sozialdemokratischen Verlusten fünf Gewinne gegenüber.

Wie ist das zu erklären?

In *Zürich* hat die Migros-Liste einen Wettersturz herbeigeführt. Zwar wußte man seit den letzten Kantonsratswahlen, daß die Aussichten der Zürcher Sozialdemokratie nicht allzu rosig seien. Was immer auch zur Erklärung der außerhalb enttäuschenden Ergebnisse gesagt wurde, es reichte nicht aus, um die innere Schwäche zu verbergen, die seit einiger Zeit festzustellen war. Auch in der Politik sind heute Grundsätze noch nicht außer Kurs gekommen. Und wenn man ein Jahr vorher Leute aus der Partei hinauswirft und dann bei den Wahlen Listenverbindungen mit ihnen eingeht und in gemeinsamen Versammlungen mit ihnen Seite an Seite spricht, vermag diese Tatsache das Vertrauen der Wählermassen wohl nicht sonderlich zu fördern. Mag das alte Wort: Besser ein falscher Kurs als überhaupt

keinen Kurs im allgemeinen unrichtig sein, ein Quentchen Wahrheit mag doch in ihm stecken.

Freilich, das offene Eingeständnis soll nicht dazu führen, die *objektive* Ursache des Zürcher Ergebnisses zu übersehen. Es gilt zum Teil auch für das Resultat des Kantons *St. Gallen*. Zürich hat die relativ stärkste Arbeitslosigkeit. Zürich hat mit seiner Industriebevölkerung auch unter dem Lohnabbau stark zu leiden. Die Entwicklung der Krise hat weder erlaubt, die Arbeitslosigkeit zu vermindern noch die Lohnabbauwelle zu stoppen. Wenn sich nun jemand in den Wahlkampf mischt, der durch die Ausschlagung der schlechten Risiken im Handel und durch die Konzentration auf die lukrativen Waren einen gewissen Preisfall für die am meisten gebräuchlichsten Artikel des Haushaltes herbeizuführen vermag, so sehen die abgebauten und arbeitslosen Schichten nur die billigen Preise, unbekümmert um die riesigen Geschäftsgewinne, die der Mann macht, um die wirklichen Ziele, die der Mann verfolgt. Sie sehen die billigeren Preise um so mehr, als unsere Partei neben dem Lohnschutz für den Preisschutz eintritt, also in den Augen der Opfer der Krise keine Erleichterung zu bringen vermag.

Hier liegt wohl die Hauptursache, daß im Kanton Zürich und wohl auch im Kanton *St. Gallen* die Verluste der Sozialdemokratie auf Kosten der Aktiengesellschaft Migros gingen. Kommt noch hinzu, daß aus geschäftlich-administrativen Gründen die seit Monaten betriebene Wahlpropaganda der Migros AG. im Parteiblatt willige Aufnahme fand, daß, sobald Duttweiler den Mund aufmachte, gleich darauf ausführlich im Textteil des Blattes berichtet wurde, braucht es nicht zu wundern, wenn bedeutende Massen von Mitläufern der Partei verwirrt wurden und scharenweise auf die amerikanische Wahlreklame hereinflüchteten.

Nicht in Rechnung gestellt haben wir vor den Wahlen die Verluste in *St. Gallen* und *Graubünden*. Für *St. Gallen* liegt ein Teil der Erklärung in dem soeben Gesagten. Darüber hinaus ist aber darauf hinzuweisen, daß beide Kantone vom gleichen Parteiorgan bedient werden. Im Kanton *Glarus* wurde der Mangel an Elan, wurden die philosophisch hübschen, aber wenig volkstümlichen Wendungen durch die persönliche Propaganda unserer Genossen kompensiert. In *St. Gallen* und *Graubünden* scheint diese Hingabe gefehlt zu haben und so kamen die Verluste zustande.

Prächtig haben sich die *beiden Basel*, haben sich *Thurgau* und *Wallis* gehalten. Bei den beiden ersten Kantonen konnte aufgeholt werden, was jahrelang verloren ging, *Thurgau* und *Wallis* waren angenehme Ueberraschungen, die wir neben der unverdrossenen Hingabe unserer Vertrauensleute nicht zuletzt dem Hader unter den bürgerlichen Parteien verdanken. Wenn *Bern* trotz dem Gewinn des einen Mandates durch die Migros-Liste eine Mandateroberung buchen konnte und über die Partei der Altbauern hinweg zur stärksten Partei vorrückte, erklärt sich das aus den gleichen Gründen.

*

Man soll aus Fehlern und Enttäuschungen lernen. Das gilt für uns

wie für die gegnerischen Parteien. Und hier stoßen wir auf die Politik der kommenden Jahre, die vom neuen Parlament zu machen sein wird.

Die schweren Zeiten stehen hüben und drüben erst bevor. Wäre der Bundesrat eine dem Volk wirklich verantwortliche Behörde, er hätte diese Zeiten nicht nur durch allgemeine Redensarten, er hätte sie durch konkrete Vorschläge zeichnen müssen. Sein Wirtschaftsbeschluß und sein neues Finanzprogramm erscheint erst *nach* den Wahlen. Die »historischen Parteien«, von denen einige Kommentare weise entdeckt haben, daß diese Parteien »noch immer« über eine Parlamentsmehrheit verfügen, werden die bundesrätlichen Vorschläge schlucken, trotzdem das offensichtlichste Ergebnis der Neuwahlen eine merkliche Schwächung dieser Regierungsmehrheit ist.

Was ist damit erreicht?

Sowenig wie mit der Verwerfung der Kriseninitiative. Die Probleme bleiben nicht nur bestehen; sie werden sich verschärfen. Von der Außenhandelsseite, von der Bankenseite, von der Währungsseite her. Der Kurs, 80 oder 90 Prozent der neuen Lasten auf die Konsumenten und Sparer abzuwälzen, mag für den Augenblick genügen, aber er genügt auf die Dauer nicht. *Eine Reform an Haupt und Gliedern der Wirtschaft und der Finanzen im Sinne des viel verlästerten und in kurzer Zeit doch zu Ehren kommenden sozialdemokratischen Sofortprogramms ist unerläßlich.* Jede andere Taktik bedeutet nur eine Hinausschiebung der Katastrophe, die nachher um so gewaltiger über Land und Volk hereinbrechen wird.

Der neue Kurs — darüber gibt es keine Zweifel — ist mit den Splitterparteien, die auf Kosten der Regierungsparteien einige Erfolge zu buchen haben, nicht durchzuführen. Weder mit den Migros-Leuten noch mit andern Splittergruppen. Man darf diese Feststellung machen, ohne in eine Prophetie zu verfallen.

Aber sind die »historischen Parteien« überhaupt eines neuen Kurses fähig? Das ist die große und entscheidende Frage für die nächste Zeit.

Die Antwort wird noch in diesem Jahre zu geben sein, wenn *das neue Finanzprogramm* vor die eidgenössischen Räte kommt. Vom Standpunkt des Boutiquiers aus ist ja der Plan so schlecht nicht. Man bezieht die Bundesbahnen in das Finanzprogramm mit hinein, in der Meinung vielleicht, die Sozialdemokratie würde um den Preis dieses Sanierungsversuches die Umsatzsteuer schlucken. Davon kann u. E. um so weniger die Rede sein, als ja der Lohnabbau des öffentlichen Personals durch diese Erweiterung des ursprünglichen Programms nicht verhindert wird. Es kann für die Sozialdemokratie von einem solchen Programm um so weniger die Rede sein, als es auf der Voraussetzung der Vollmächterteilung an eine Regierung beruht, in der die Sozialdemokratie nicht vertreten ist. Nichts Schlimmeres aber könnte der Sozialdemokratie passieren, als daß sie sich mit Verantwortlichkeiten belasten würde, die nicht auf sie fallen und auf die sich die bürgerlichen Parteien um so rascher berufen würden, je schneller der offizielle Regierungskurs dem Abgrund entgegenführt.

Wir haben vor den Wahlen, und zwar lange vor den Wahlen er-

klärt, daß heute in der Schweiz weder mit einer Rechts- noch mit einer Linksextrementwicklung zu rechnen sei, daß die allgemeine Lage weder eine Diktatur von rechts noch eine Diktatur von links erlaube. Der Wahlausgang hat diese Auffassung bestätigt. Die Kommunisten haben einiges gelernt, und an die Stelle der Fronten ist die Aktiengesellschaft Migros getreten. Die Grenzen sind also nach beiden Seiten hin gezogen.

Dies und die Tatsache, daß schließlich in dieser schweren Krise alle Kreise Opfer zu bringen haben, heißt aber keineswegs, daß die Sozialdemokratie sich nun einfach dem Willen der bürgerlichen Parteien zu fügen und die etwa hinter den Kulissen in unwesentlichen Belangen leicht geänderten Projekte, zu akzeptieren habe. Denn auch über diesen Punkt gibt das Resultat vom 27. Oktober hinreichend Aufschluß. Die Sozialdemokratie hat ihre Position behauptet, sie ist zur stärksten Parlamentsfraktion geworden, während die »historischen Parteien« numerisch in den zweiten und dritten Rang gerückt sind.

Die Sozialdemokratie besitzt Einsicht genug, um zu wissen, was die Stunde von ihr heischt. Sie ist nicht verantwortungslos, wie das gewisse Soldschreiber gelegentlich behaupten. Verantwortungsbereit ist aber die Sozialdemokratie nicht in der Lage, sich in einen Kurs einreihen zu lassen, dessen Endergebnis die Preisgabe der Interessen und jenes Vertrauens sein müßte, auf Grund dessen ihre Vertreter gewählt worden sind.

Wenn sich die bürgerlichen Parteien das merken und die Sozialdemokratie als gleichberechtigt anerkennen, dann wird man ernsthaft über die aus der Krisenlage hervorgehenden Notwendigkeiten reden können, ohne deswegen einer Koalition oder gar einer Verbrüderung zu verfallen. Fehlt den bürgerlichen Parteien diese Einsicht, und glauben sie, gegen die Sozialdemokratie regieren und nichtsnutzige Kunststücklein spielen lassen zu können, dann mögen sie die Verantwortung haben. Sie wird in diesem Falle nicht allzulange dauern, weil die Logik der Tatsachen andere Lösungen erzwingen wird.

Die die Schweiz regieren!

Von Hans Oprecht

Bundesrat Pilet-Golaz unterstrich im Nationalrat bei der Behandlung des Postulates Huber, St. Gallen, betreffend die Redefreiheit im Rundspruch, die Bedeutung der Verlagerung der Machtverhältnisse von der Bundesversammlung auf den Bundesrat. Es zeige sich im Verlaufe der Krise immer deutlicher, daß nicht mehr in der Bundesversammlung, sondern im Bundesrat die entscheidenden Beschlüsse der Politik des Landes fallen. Die Autorität des Bundesrates nehme dementsprechend ständig zu, während die der Bundesversammlung immer geringer werde.

Der Bundesrat regiere heute das Land und nicht mehr das Parlament.